

Tiefrote Zahlen

Der Jahreswechsel war für die Gemeinde finanziell der Übergang vom „gerade noch so davongekommen“ in ein Jahr, das von Tag zu Tag die Bilanz rötlicher werden lässt - denn aus dem wohl gerade noch ausgeglichenen Jahresabschluss 2009 rutscht Ammersbek tief in rote Zahlen.

Der Gemeindehaushalt 2010 schließt mit einem Fehlbetrag von über 900.000 € ab. Und was noch schlimmer ist: es gibt keinen Euro für dringend notwendige Arbeiten zur Instandhaltung des Gemeindevermögens, z. B. Straßen und Gebäude. Ersatzbeschaffungen sind kaum vorgesehen, das meiste musste auf später verschoben werden, begleitet von dem hoffnungsgeprägten Wunsch, die kommunalen Finanzen mögen sich wieder bessern - trotz der Steuergeschenke der erkaufte Mehrheit im Bundesrat, einschließlich der aus Schleswig-Holstein. Sie erinnern sich, (Schulden)-Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Investitionen und Instandhaltung verschoben auf wann? Ich weiß es nicht.

Bei einem Gestaltungsspielraum von 0 € können die sog. Freiwilligen Leistungen für Vereine und Verbände nicht tabu sein. Die Verwaltung hatte im Haushaltsentwurf die Barleistungen ganz gestrichen, nur Feuerwehren und DRK sollten verschont werden. Die Fraktionen der SPD und der Grünen haben für 2010 nur eine Kürzung um die Hälfte der bisherigen Geldleistungen beschlossen, damit die Träger der sozialen, sportlichen und kulturellen Arbeit Zeit haben, sich auf knappere Zeiten einzustellen. Davon sind alle Vereine und Verbände betroffen.

Noch nicht im Haushalt eingerechnet sind die unaufschiebbaren Arbeiten an Gebäuden der Schule in Hoisbüttel: die neuen Brandschutzmaßnahmen für die Kinder in der Schule und in den beiden Kindergärten. In dem Zusammenhang werden auch Sanierungsarbeiten notwendig und etwas fällt fürs Energiesparen ab. Die Kosten werden z. Zt. auf 1,1 Mio. € geschätzt. Sobald die Verwaltung die Planung abgeschlossen hat, muss die Gemeindevertretung über diese Ausgabe und ihre Finanzierung noch beschließen.

Presse und Fernsehen haben in den letzten Wochen eindringlich und wiederholt über die Finanznot der Gemeinden berichtet. Für diese Situation trifft die Kommunen keine Verantwortung. Sie haben die Finanzkrise nicht verschuldet, sie haben auch weder in Berlin noch in Kiel mit am

Verhandlungstisch der schwarz-gelben Koalitionäre gesessen. Aber sie sind, wie so oft, die Lastenträger; sie haben nicht mit zu entscheiden, wenn ihnen neue Aufgaben per Gesetz in Berlin oder in Kiel aufgeladen werden. Sie müssen neue oder höhere Ausgaben schultern, Ersatz dafür wird nicht mitgeliefert: Berlin und Kiel haben selbst genug Probleme im Umgang mit Geld.

Ist es schon revolutionär, wenn man vermutet, den Gemeinden kann nachhaltig nur geholfen werden, wenn auf Bundesebene neben Bundestag und Bundesrat ein *Kommunalrat* geschaffen würde, als Verfassungsorgan, das die Funktionsfähigkeit des schwächsten Gliedes staatlicher Organisation sichert? Vergleichbares auch in Kiel?

(Manfred Raeder)

Änderung des Flächennutzungsplans

Die bisher für Wohnbebauung vorgesehenen Flächen Beekloh (Erdbeerfeld), Gebiet Wolkenberg und östlich der Straße „Am Wolkenberg“ sollen künftig als Flächen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft ausgewiesen werden.

Nach allen Prognosen wird die Bevölkerung auch in Ammersbek nicht mehr wachsen, so dass keine größeren Gebiete für den Wohnungsbau mehr benötigt werden. Der Verbrauch von Landschaft und Natur kann gestoppt werden und die vorhandenen Naherholungsgebiete können erhalten bleiben.



Am Wolkenberg: diesen Anblick wollen wir auch zukünftigen Generationen erhalten. (Foto: R. Thönnies)

Diese Änderung des Flächennutzungsplanes wurde im letzten Jahr - wie berichtet - mit den Stimmen der SPD und der Grünen auf den Weg gebracht. Das Innenministerium empfiehlt in einer landesplanerischen Stellungnahme, das Wohnraumentwicklungskonzept fortzuschreiben. Für die Gemeinde besteht z.Z. ein „Leitbild für die Wohnungsentwicklung bis 2010“. Es wurde im Jahr 2002 basierend auf Daten aus 1994/98 erstellt.

Inzwischen sind rechtliche Grundlagen erneuert worden, die Prognosen haben sich verändert, ein neuer Landesentwicklungsplan ist in Arbeit. Im Baugesetzbuch ist eine stärkere Berücksichtigung von Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Flächenschonung festgeschrieben.

Eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern von SPD und Grünen hat das Verfahren zur F-Planänderung intensiv begleitet. Auf dieser Grundlage, ergänzt durch aktuelle Statistiken und Forschungen konnte in kurzer Zeit ein Entwurf für ein Wohnraumentwicklungskonzept erstellt und dadurch der Gemeinde Kosten von ca. 20.000 € für einen Planer erspart werden. Im Fazit wird belegt, dass mit dem neuen Konzept der voraussichtliche Bedarf durch Verdichtung innerhalb der Bebauung in den Ortsteilen gedeckt werden kann.

(Ingeborg Reckling)

Die Bürgerbeteiligung zur Änderung des Flächennutzungsplans ist als

**öffentliche Veranstaltung
am 4.Mai um 19.30 Uhr im Pferdestall**
geplant.

Auch das Leitbild zur Wohnraumentwicklung wird zu diesem Zeitpunkt zur Diskussion gestellt.

Der Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplanes und der Entwurf des Leitbildes sind zu finden unter

www.spd-ammersbek.de „Aktuelles“

Leitbild für die Wohnungsentwicklung in Ammersbek

Leitbilder sind ein strategisches Konzept, das den Handelnden als gemeinsame Basis dient. So ist auch der Entwurf für das „Leitbild für die Wohnungsentwicklung bis 2025“ zu betrachten, den die Fraktionen von SPD und Grünen in die Gemeindevertretung eingebracht haben.

Die Fortschreibung kann sich nicht darin erschöpfen, die Jahreszahl 2010 durch eine andere zu ersetzen. Schon vor der Kommunalwahl 2008 war erkennbar, dass sich maßgebliche Elemente der Planung wie Einwohnerentwicklung und Altersstruktur gravierend verändern und zum Teil schon verändert haben. Die Idee des so genannten Masterplanes von Ex-Bürgermeister Barendorf, – bauen! bauen! bauen! – unterstützt

von CDU und FDP wird in dem fortgeschriebenen Leitbild durch das Modell einer Entwicklung ersetzt, das sich nicht mehr vor allem über **Quantität** definiert, sondern durch die **Qualität** des Wohnens und Lebens. Das Ergebnis der Kommunalwahl zeigt, dass die Mehrheit der Einwohner in Ammersbek diese Meinung teilt.

Die CDU-Fraktion und die Vertreterin der FDP in der Gemeindevertretung lehnen das neue Leitbild ab, bisher mit der Begründung, es sei von Laien geschrieben worden und nicht von einem professionellen Planer. Richtig ist, dass kein berufsmäßiger Planer für den Vorschlag verantwortlich zeichnet. Die Verfasser können jedoch zufrieden sein. Ihr Leitbild ist von einem Professor für Geografie, Schwerpunkt Siedlungsentwicklung und Suburbanisierung der Uni Kiel, der auch Wohnungsmarktbeobachter der landeseigenen Investitionsbank ist, gelobt worden.

Der Kommunalpolitik obliegt es, Linien und Farben eines Leitbildes vorzugeben; **sie** entscheidet über ihre Vorstellungen. Gutachtende Planer/Ingenieure sind dazu nicht berufen. Sie helfen beratend auf dem Weg zum vorgegebenen Ziel.

(Manfred Raeder)

Biogasanlage für Ammersbek?

Ein Ammersbeker Landwirt möchte gerne eine Biogasanlage in der Gemeinde bauen. Dafür hat er zwei Standorte vorgeschlagen.

Alle Fraktionen stehen einer solchen nachhaltigen energetischen Verwertung und umweltgerechten Entsorgung aufgeschlossen und positiv gegenüber. Einig war man sich aber nicht, ob die Standorte gut gewählt sind, denn eine solche Anlage muss sich auch in die Landschaft einfügen und weitere Anforderungen wie z.B. des Bundes-Immissionschutzgesetzes (BImSchG) erfüllen.

Deshalb hat die Gemeindevertretung mit der Mehrheit der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen beschlossen, ein Planungsbüro mit der Ausarbeitung eines Planentwurfs zur Änderung des Flächennutzungsplanes zu beauftragen, mit dem Ziel, geeignete Flächen zu finden. Die Einwohner werden entsprechend dem Bundesbaugesetz beteiligt.

Biogasanlagen erzeugen mit nachwachsenden Rohstoffen wie Mais, Rüben, Gras, Gülle, Mist und organischen Reststoffen durch sauerstofffreie Vergärung Biogas, das dazu verwendet wird, mit Hilfe eines Blockheizkraftwerkes Strom und Wärme zu produzieren. Der Strom kann ins öffentliche Netz eingespeist, die Wärme kann für Haushalte, technische Anlagen und den Gärprozess eingesetzt werden. Strom und Wärme werden unter Schonung fossiler Energiequellen CO₂-neutral erzeugt.

Die Biogasanlage besteht u.a. aus einem oder mehreren Gärbehältern, einem Schlammbehälter und einem Gasspeicher.

Elternbeiträge für Kinderbetreuung

Auf der Februar-Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Kultur wurden die Kostenrechnungen für Kindergarten-, Hort und Krippenplätze vorgelegt und die Elternbeiträge für das laufende Jahr beraten.

Die gute Nachricht ist, dass die Beiträge für die Elementar- und Hortkinder stabil bleiben. 1,25 Euro kostet Eltern die Betreuungsstunde, das entspricht 37,5% der Betriebskosten, zu denen neben den Personalkosten auch Strom, Heizung, Wasser, Reinigung und vieles mehr zählen.

Der Preis für die Betreuung der Kinder von 0-3 Jahren in den Krippen wird doppelt so teuer: 2,50 Euro pro Stunde. Der Grund dafür ist die vom Gesetz vorgegebene geringere Gruppengröße und die erforderliche größere Personalstärke: im Elementar- und Hortbereich betreuen 1,5 Kräfte 20 Kinder, in den Krippen werden 2 Erzieherinnen für 10 Kinder benötigt.

Die Personalkosten für die Krippe sind im vergangenen Jahr zu niedrig kalkuliert gewesen, aber auch jetzt liegt Ammersbek mit den Beiträgen im Vergleich mit anderen Gemeinden im Kreis immer noch im unteren Drittel. Der volle Beitrag wird allerdings für weit weniger als der Hälfte aller Kinder erhoben. Sozialstaffelausgleich und Geschwisterermäßigungen werden vom Kreis getragen, das kostenfreie letzte Kindergartenjahr vom Land übernommen.

Der Regelelternbeitrag beträgt 37,5% der Betriebskosten, eine Erhöhung auf 45%, wie von Frau Späte (FDP) vorgeschlagen, hat die SPD-Fraktion abgelehnt.

In nächster Zeit wird es darum gehen, den weiteren Ausbau der Betreuung für Kinder im Krippenalter zu planen, damit im Jahr 2013, wenn der Rechtsanspruch der Eltern auf einen Krippenplatz in Kraft tritt, ein entsprechendes Angebot zur Verfügung steht.

(Rita Thönnnes)

Freiwillige Leistungen gekürzt

Die Barleistungen für die Vereine und Verbände waren im Haushaltsentwurf für 2010 von der Verwaltung ganz gestrichen worden, ausgenommen DRK und Feuerwehren.

Die SPD hatte daraufhin beantragt, alle Vereine gleichermaßen an den notwendigen Sparmaßnahmen zu beteiligen und 50% der Barleistungen wieder in den Haushalt aufzunehmen.

Das bedeutet z. B. für den Hoisbütteler Sportverein nur noch 5.200 € statt 10.300 € im Vorjahr. Die Sporthallen und Sportplätze werden dem Verein aber weiterhin kostenlos zur Verfügung gestellt und das Vereinsheim bezuschusst. Geldwert der Leistungen der Gemeinde: knapp 140.000 €. Auch die freiwilligen Feuerwehren sind von den Zuschuss-Kürzungen betroffen: rund 6.000 € erhalten die beiden Wehren 2010 für die Kameradschaftskasse der Erwachsenen- und der

Jugendfeuerwehr, Veranstaltungen der Jugendwehr und zur Sterbekasse. Die Ausrüstung der Wehren wie Fahrzeuge, Schutzkleidung und Weiterbildungsmaßnahmen (ca. 150.000 €) sind nicht von den Kürzungen betroffen.

Dennoch, nicht alle hatten Verständnis für die Sparmaßnahmen. Die SPD-Fraktion hat alle betroffenen Vereine und Verbände zu Gesprächen eingeladen, um über die zukünftige Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit durch die Gemeinde zu diskutieren.

(Rita Thönnnes)



Was wird wohl größer werden:

die Löcher im Asphalt oder die im Haushalt?

Dieser Winter hatte es in sich. Räum- und Streudienst und nun die Reparaturen an den Straßendecken verursachen zusätzliche Kosten. Dennoch, mit dem Aufstellen von Schildern wird es wohl nicht getan sein...

Hoisbüttel-Dorf – B 10

Im Dorf Hoisbüttel wurden verschiedene Bauwünsche auf Erweiterung, Anbau oder Neubau von Wohnraum geäußert, sie mussten abgelehnt werden, da sie nicht dem gültigen Bebauungsplan entsprechen. Der Plan wurde geändert mit dem Ziel einer Verdichtung, einer sogenannten Innenentwicklung.

Das entspricht unseren Vorstellungen von Bauleitplanung, denn wer in Hoisbüttel innerorts bauen kann, ist nicht auf Ausweisung von neuen Baugebieten angewiesen.

Jedoch muss jede Gemeinde, die neues Bauen zulassen will, auch für Ausgleichsflächen sorgen. Dort liegt der Hase im Verfahrens-Pfeffer. ⇨

Wo ist die beste Fläche zum umweltrechtlich geforderten Ausgleich für den Flächenverbrauch zu finden? Eine geeignete Fläche schien es zunächst nur in Trenthorst zu geben, die hätte auch noch gekauft werden müssen. Geld ist jedoch noch knapper als Bauland. Hartnäckiges Nachfragen hat dazu geführt, dass auch geeignete Flächen in Ammersbek gefunden wurden. Wir sind daran interessiert, dass schnell eine Entscheidung getroffen wird und das Verfahren abgeschlossen werden kann.

SPD-MdB Franz Thönnnes jetzt im Auswärtigen Ausschuss

Franz Thönnnes, SPD-Politiker aus Ammersbek, ist nun in der 5. Periode Mitglied des Deutschen Bundestages. Über sieben Jahre war er bei den Bundesministern Ulla Schmidt, Franz Müntefering und Olaf Scholz im Gesundheits-, bzw. Arbeits- und Sozialministerium als Parlamentarischer Staatssekretär verantwortlich für die Gesetzliche Renten- und die Gesetzliche Unfallversicherung, für die Politik für Menschen mit Behinderungen, die soziale Sicherheit und die Sozialhilfe.

Seit 2002 leitete Franz Thönnnes die Delegation des Deutschen Bundestags in der Ostsee-Parlamentarierkonferenz und seit 1998 war er Vorsitzender der heutigen Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe mit den Ländern Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden.



Dieses außenpolitische Engagement führte dazu, dass die SPD-Bundestagsfraktion ihn jetzt nach dem Regierungswechsel in Berlin in den Außenpolitischen Ausschuss des Deutschen Bundestages wählte. Hier ist er nun Berichterstatter für Nordeuropa, die Baltischen Staaten, Russland, Weißrussland, die Ukraine, Moldawien und die weiteren Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die sich in der GUS zusammengeschlossen haben.

Seine langjährigen sozialpolitischen Erfahrungen wird Franz Thönnnes in die Beziehungen zu China sowie in den Bereichen Menschenrechte, Wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie der Sozialpolitik im Rahmen der Globalisierung einbringen.

Bestätigt wurde er als Leiter der Delegation des Deutschen Bundestages für die jährliche Ostseeparlamentarier-Konferenz. Hier ist er Mitglied des Ständigen Ausschusses und Berichterstatter für Arbeitnehmermobilität in Grenzregionen sowie Jugendarbeitslosigkeit. Ebenso wurde er wieder Vorsitzender der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe. Die SPD-Fraktion wählte ihn auch zum Leiter ihres

Gesprächskreises „Russland“.

Thönnnes: „Ich freue mich, dass ich nun meine Kompetenzen noch stärker als bisher auch in die internationale Arbeit einbringen kann. Deutschland hat hier als größte europäische Nation eine Vielzahl von Interessen und eine ebenso große Verantwortung. Schwerpunkte werden dabei für mich Fragen der Sicherheit in Nordeuropa vor dem Hintergrund der Klimaveränderungen in der arktischen Region sowie die Ostseepolitik in Zusammenarbeit mit Russland und den osteuropäischen Staaten sein“.

Wechsel in der SPD-Fraktion

Bereits im September letzten Jahres trat Peter Weiß von seinem Amt als Gemeindevertreter zurück. Für ihn rückte Jürgen Kestien nach, bisher bürgerliches Mitglied im Bauausschuss, dessen Vorsitz er jetzt übernommen hat. Anfang März verzichtete Jürgen Wolf auf sein Mandat, dafür wechselte Manfred Raeder, ebenfalls bisher bürgerliches Mitglied, in die Gemeindevertretung. Als neue „Bürgerliche“ verstärkt Gabriele Last nun die Fraktion.

Langjährige Mitglieder geehrt

Im Rahmen eines gemeinsamen Essens im Hoisbütteler Sportlerheim wurden auch in diesem Jahr langjährige Mitglieder des Ortsvereins geehrt. Seit 40 Jahren ist Holger Stubbe dabei, Mehmet Aydemir seit 10 Jahren. Werner Brockmann, auch 40 Jahre Mitglied, konnte leider nicht an der Ehrung teil-



(v.l.n.r.) Rita Thönnnes, Mehmet Aydemir, Holger Stubbe, Franz Thönnnes

nehmen. Diese wird nachgeholt. Die Diskussion aktueller politischer Themen und Texte von Kurt Tucholsky, vorgetragen von Franz Thönnnes, gehörten zum Programm.

Termine

Die Ausschuss-Sitzungen finden jeweils um 19.30 Uhr im Seminarraum, die der Gemeindevertretung im großen Saal des Pferdestalls statt.

- Montag, 19.4. Umweltausschuss
- Dienstag, 20.4. Ausschuss für Soziales, Jugend und Kultur
- Mittwoch, 21.4. Bauausschuss
- Dienstag, 27.4. Finanzausschuss
- Mittwoch, 28.4. Hauptausschuss
- Dienstag, 11.5. Gemeindevertretung

Impressum:
 Verantw.: SPD Ammersbek, Bramkampredder 139
www.spd-ammersbek.de
 Redaktion:
 Manfred Raeder, Ingeborg Reckling, Rita Thönnnes
 Druck: Druckerei Pockrand, Bargtheide